

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk. bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk.; durch die Post monatlich 2.60 Mk. freibleibend



Anzeigen-Grundsätze in 10 Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. B. Mohr)

Schriftleiter: J. B. Mohr in Pulsnitz

Nummer 287

Mittwoch, den 10. Dezember 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil

Ladenschluß

In Abänderung der Bekanntmachung vom 4. April 1930 wird bekannt gemacht, daß die
Geschäfte nicht vom 11. bis 24. Dezember, sondern vom 10. bis 23. Dezember 1930 bis 8 Uhr
abends geöffnet werden können.

Am 24. Dezember dürfen die Verkaufsstellen nur bis 5 Uhr nachmittags, Verkaufsstellen,
die ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel, Genussmittel oder Blumen verkaufen,
bis 6 Uhr nachmittags für den Geschäftsverkehr geöffnet sein. (Reichsgesetzblatt vom 13. 12. 1929.)

Pulsnitz, am 9. Dezember 1930.

Der Stadtrat.

Die nochmalige Überprüfung des Remarque-Films

Ein neues Dementi der amerikanischen Regierung

Die Sitzung der Oberfilmprüfstelle, die sich am Donnerstag
vormittag um 10 Uhr mit den Anträgen auf Verbot des
Films „Im Westen nichts Neues“ beschäftigt, wird nicht
öffentlich sein. Zuerst hat das Reichsinnenministerium
wenigstens Vorbereitungen dafür getroffen, daß eine einiger-
maßen objektive Berichterstattung über die Gutachten, die zu
den Verhandlungen der Oberfilmprüfstelle abgegeben werden,
gesichert ist. Die Oberfilmprüfstelle hat je einen Berichterstatter
der großen Nachrichtenbüros zu den Verhandlungen zu-
gelassen.

Der „Reichsverband Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer“ gegen den Film.

Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes Deut-
scher Lichtspieltheaterbesitzer e. V. hat zu dem Film „Im
Westen nichts Neues“ folgende Entschlüsse angenommen:
Die Delegierten des Reichsverbandes Deutscher Licht-
spieltheaterbesitzer lehnen es ab, Filme zu zeigen, die
ihre Theater zum Schauplatz politischer
Kämpfe machen. Sie bedauern es außerordentlich, daß
der Deutschamerikaner Karl Laemmle zu 17 Jahren nach
Friedensschluß noch einen Kriegsfilm her-
gestellt hat, der in Berlin nicht in der gleichen Fassung wie
in London und Paris laufen kann.

Auch Braunschweig fordert Verbot des Films.

Braunschweig. Nachdem Sachsen und Thüringen bei der
Oberprüfstelle einen Widerrufsantrag gegen die Zulassung
des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ eingebracht
haben, hat nunmehr auch Minister Dr. Franzen für Braun-
schweig ein Verbot für diesen Film beantragt.

Telegramm an den Reichspräsidenten.

Namens der Deutschnationalen Volks-
partei haben die Abgeordneten Dr. Gugenberg und
Dr. Oberfohren ein Telegramm an den Reichspräsidenten
gerichtet, in dem sie den Reichspräsidenten als Führer
der in diesem Filme beschimpften Heere des
Weltkriegs und Oberbefehlshaber der jetzigen Wehrmacht
bitten, durch persönliches Eingreifen diesem öffentlichen
Skandal ein Ende zu machen.

Gegen den Remarque-Film.

Protest der alten Armee.

Der Kyffhäuserbund erhebt im Namen von Mil-
lionen von Weltkriegssoldaten in einem Schreiben an den
Reichsaußenminister nochmals dringenden Einspruch gegen
die unerhörte Verhöhnung deutschen Heldentums durch den
Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“.

In dem Schreiben heißt es, daß schon die bisherigen
wenigen deutschen Aufführungen gezeigt haben, daß der
Unwille gegen die Verlogenheit dieses
amerikanischen Heßfilms immer elementarer her-
vorbrechen wird. In zunehmendem Maße wächst besonders
in den Reihen der alten Soldaten die Erregung darüber, daß
dieses das Andenken unserer Kriegsveteranen und
unserer Gefallenen schändende Schauspielwerk immer zur
Aufführung in Deutschland zugelassen

ist. Der Kyffhäuserbund erwartet, daß der Reichsaußen-
minister den Standpunkt des Reichswehrministers und
der alten Armee rückhaltlos teilt und bei der bevorstehenden
nochmaligen Prüfung des Films durch die Filmoberprüfstelle
seinen ganzen Einfluß für das sofortige Verbot dieses auf
Kosten der Ehre unserer alten Armee her-
gestellten amerikanischen Geschäftsfilms
geltend macht.

Gleichzeitig hat der Kyffhäuserbund den Reichsprä-
sidenten v. Hindenburg gebeten, den Protest der alten
Kameraden mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit zu
unterstützen.

Auch der Stahlhelm protestiert.

Das Bundesamt des Stahlhelm BDF, teilt
mit: „Der entgegen dem Gutachten des Reichswehr-
ministeriums von der Filmprüfstelle freigegebene ameri-
kanische Kriegsfilm „Im Westen nichts Neues“ stellt nicht
nur in der englischen und französischen, sondern auch in
der aus geschäftlichen Rücksichten ge-
milderten deutschen Fassung eine, das Recht
kränkende Entstellung deutschen Front-
soldatentums und damit eine schwere Beleidigung
auch der deutschen Armee, ihrer zwei Millionen im Welt-
krieg Gefallener und darüber hinaus des ganzen deutschen
Volkes dar. Der Stahlhelm als der Bund der deutschen
Frontsoldaten, die vom Krieg nicht zerbrochen wurden, er-
hebt schärfsten Protest gegen diese Beleidigung und verlangt,
daß die Vorführung des Films „Im Westen nichts Neues“
in ganz Deutschland alsbald verboten wird. Es handelt sich
hier nicht um Fragen des Geschmacks, sondern
um eine Angelegenheit deutscher Ehre und Würde.“

Den Dank des Vaterlandes, den man uns einst ver-
sprochen hat, erwarten wir längst nicht mehr. Wir werden
uns aber mit allem Nachdruck dagegen wehren, daß unser
Kampf und das Sterben unserer Kameraden für Deutsch-
lands Bestand heute unter dem Polizeischutz marxistischer
Gewalthaber in Deutschland öffentlich in Ton und Bild
verhöhnt und verächtlich gemacht werden darf.“

Er will ein unschuldiges Lämmlein sein.

Ausreden des Fabrikanten des Remarque-
films.

Hollywood. Der Deutschamerikaner Karl Laemmle,
der Präsident der Universal Pictures Corporation, der Her-
stellerin des Films „Im Westen nichts Neues“ drückt in einer
Erklärung vor Pressevertretern sein Bedauern darüber aus,
daß die Vorführung des Remarque-Films Anlaß zu Protest-
kundgebungen gegeben hat. „Ich bin stolz darauf“, meinte
Laemmle, „den Film hergestellt zu haben, der die Jugend vor
den Schrecken des Krieges warnen soll. (Nebenbei aber die
deutschen Frontsoldaten verhöhnt.) Es würde wunderbar
sein, wenn der Film in ganz Deutschland vorgeführt werden
könnte, um der von der Rüstungsindustrie betriebenen Propa-
ganda zur Wiederbelebung des Militarismus (in Deutsch-
land, das vollkommen abgerüstet ist, gibt es keine Rüstungs-
industrie mehr. Die Red.) entgegenzuarbeiten. Wenn die
Jugend jemals wieder in den Krieg gehen müßte, so würde
sie nach Kenntnis des Remarque-Films wenigstens mit offe-
nen Augen hineingehen.“

„Wir haben den Film in genau derselben Fassung nach
Deutschland exportiert“, erklärte Laemmle weiter, „in der
wir ihn in den Vereinigten Staaten, Paris und London ge-
zeigt haben. Die Jugend hat meiner Ansicht nach das Recht
zu wissen, daß der Krieg Schrecken und nicht Ruhm bedeutet,
damit die Ententestaaten das deutsche Volk mitten im Frie-
den weiter so brutal behandeln können wie seit 1918.“

Ein neues Dementi der amerikanischen Regierung

Berlin. An hoher amerikanischer Regierungsstelle
nahm man nach einer Meldung Berliner Blätter aus Washing-
ton am Dienstag Veranlassung, die zahlreichen Dementis,
die das Staatsdepartement in den letzten beiden Wochen
auszugeben gezwungen war, durch eine Aeußerung des Un-
willens über die verschiedenen Weltbeglückungspläne unserer
Freunde in Europa nachdrücklich zu unterstützen. Mit
Nachdruck sei erklärt worden, daß man keineswegs hebsich-
tige, die Verwendung der Schuldenzahlungen der Alliierten
neu zu regeln, sondern daß man an dem Programm festhalte,
nach dem die Zahlungen zur Abtragung der öffentlichen
Schuld und zur Ermäßigung der Steuerlast des amerikanischen
Volkes benutzt werden sollen. An der Behauptung, daß die

amerikanische Regierung in Verhandlungen stehe, um eine
Konferenz über einen Konföderationspakt oder über die Freiheit
der Meere oder über eine Verpflichtung zu kriegerischen oder
friedensfördernden Maßregeln oder ähnlichem einzuberufen,
sei kein Funken Wahrheit. Es bestehe nicht der geringste
Grund zu der Annahme, daß Amerika sich mit Frankreich
zur Aufrichtung eines Finanzblocks gegen irgend ein anderes
Land verbündet habe.

Das Pensionsfürzungsgesetz vor dem Reichstag.

11. Sitzung, Dienstag, den 9. Dezember.

Präsident Eise teilte bei Beginn der Reichstagsitzung am
Dienstag zunächst mit, daß in der Sonnabenditzung bei den Ab-
stimmungen Verschiebungen vorgekommen seien. So haben mehrere Ab-
geordnete der Bayerischen Volkspartei ihre Abstimmung berichtigt.
Infolge einer Aenderung der Platzverteilung in der Pause haben
verschiedene Abgeordnete irrtümlich Stimmlaternen anderer Ab-
geordneter abgegeben, so z. B. der Abgeordnete Schwarzer
(B. Sp.) Stimmlaternen des Abgeordneten Stiller (B. P.), der
gar nicht im Reichstag anwesend war.

Auf der Tagesordnung stand die erste

Beratung des Pensionsfürzungsgesetzes.

Abg. Hoffmann (Soz.) erklärte, die lange Vorgeschichte
dieses Gesetzes hätte wesentlich kürzer sein können, wenn man
schon früher den Wünschen der Sozialdemokraten in der Frage
der Pensionsfürzung gefolgt wäre. Trotz dieser Haltung der So-
zialdemokraten seien ausgerechnet die Sozialdemokraten in der
Frage der Pensionen wiederholt zum Gegenstand unwahrscheinlicher
und demagogischer Angriffe gemacht worden. Besonders die
Nationalsozialisten hätten sich dabei hervorgetan.

Die wohlverordneten Pensionsansprüche der großen Masse
der Beamten wolle die Sozialdemokratie nicht antasten, sondern
nur die Doppelverdiener und die Großpensionäre treffen.

Abg. Hoffmann verlangte Ausdehnung des Gesetzes
über das Arbeitseinkommen auch auf das Einkommen
aus Vermögen.

Die 6000 RM Rente für das Nebeneinkommen sei viel zu hoch.
Das Gesetz dürfe nicht auf Reich, Länder und Gemeinden be-
schränkt sein, es müsse auch Reichsbahn und Reichsbank umfassen.

Dem sozialdemokratischen Redner antwortete sofort Abg.
Sprenger (Nafsoz.). Er warf den Sozialdemokraten den Verrat
von 1918 vor. Die Revolution habe nur das Ziel gehabt, Be-
amtensstellen für die Bonzen frei zu machen. Von der sozialdemo-
kratischen Reichstagsfraktion seien 20 „Beamte ohne berufliche
Vorbildung“. Man denke nur an die Futtertrippe, während
Singabe im Dienst am Volke diesen Kreisen unbekannt sei. Abg.
Sprenger gab dann einen Ueberblick über die Entstehung der
Pension. Schließlich

sei man dahin gekommen, daß der Beamte etwa 15 bis
17 Prozent weniger für seine Leistung bekomme, die
ihm im Interesse der späteren Pension abgezogen
wurden.

Dieser Zustand sei heute in erhöhtem Maße der Fall. Wenn die
zwei Millionen Kriegssopfer zunächst umsonst gewesen seien, so sei
das vor allem die Schuld der Sozialdemokraten, die den Schand-
vertrag von Versailles, den Dawes-Vertrag und den Young-Ver-
trag abgeschlossen hätten. Die Sozialdemokratie dürfe nicht von
„wohlverordneten Rechten der Beamten“ reden. Die National-
sozialisten würden die Beamtschaft von diesen Eindringlingen
wieder säubern. Wenn man

die Parteibuchbeamten an die Luft setzen

würde, würde man nicht so viel an Pensionen und Bartestands-
geldern zu zahlen haben. Die Vorlage müsse im Ausschuß in
sozialem Sinne in wesentlichen Dingen verbessert werden.

Abgeordneter Laverrenz (Dnat.) behielt sich eine
ausführliche Stellungnahme für die zweite Lesung vor. Er gab
zunächst eine Erklärung ab. Er nannte das Gesetz ein typisches
Kind des Marxismus.

Die Pensionsfürzung beim Vorhandensein eines Privat-
einkommens bedente eine Bestrafung des Arbeits-
willens und der Arbeitsfreude.

Die Ersparnisse, die man durch das Gesetz erzielen würde, würden
in keinem Verhältnis zu den erheblichen Verwaltungskosten, die

